

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren**

Die Verwaltung schlägt das von einer Forschungsstelle der Universität Wuppertal konzipierte Verfahren zur Bürgerbeteiligung vor. Dieses sehen wir sehr kritisch. Obwohl es in der Ur-Demokratie im antiken Athen durchaus Beispiele für eine Ämterbesetzung durch Losentscheid gab, entspricht die Auswahl von Bürger-Repräsentanten nach dem reinen Zufall, wie sie für die Bürgerräte vorgesehen ist, unserer Meinung nach nicht den modernen demokratischen Prinzipien. Noch dazu ist zu erwarten, dass durch Zufall bestimmte, aber an der Sache nicht interessierte Bürger eine für sie durchaus zeitaufwändige Beteiligung am Verfahren ablehnen würden. Hierdurch käme es zu einer zwangsläufigen Selektion, nach der im Wesentlichen Bürger mit eindeutigen Interessen und Sympathien für die eine oder andere Richtung Sitz und Stimme in den Bürgerräten hätten. Dies dürfte zu einer deutlichen Polarisierung und mitnichten zu einer neutralen Beurteilung der Positionen führen. Noch dazu ist sehr fraglich, ob ein solches Verfahren im jetzigen Stadium von allen Beteiligten akzeptiert wird.

**Wie soll nun weiter vorgegangen werden?**

Zunächst hat sich unsere bereits am 19.10.2011 eingenommene Position nicht verändert, dass ein wir einen Gewerbeflächentausch Hammelsbrunnen – Breitwiesen für sinnvoll halten. Die Gründe für diese nach längerer Abwägung entstandene Auffassung haben wir seinerzeit ausführlich dargelegt. Wir sehen aber, dass über 5000 Weinheimer Bürger mit Ihrer Unterschrift ihren Willen bekundet haben, in dieser Angelegenheit persönlich abstimmen zu können. Diese 5000 Stimmen aus der Weinheimer Bürgerschaft können und wollen wir nicht übergehen. Bürgerbeteiligung ernst zu nehmen bedeutet für uns als Liberale und als gewählte Repräsentanten auch die Verpflichtung, einen juristisch gangbaren Weg zu eröffnen, um dem Bürger als Souverän der Gemeinde einen Bürgerentscheid zu ermöglichen. Hierzu erscheint es nach der Rechtslage notwendig, dass der Gemeinderat seinen Aufstellungsbeschluss vom 19.10.2011 formal zurücknimmt. Daraus eventuell entstehende Verzögerungen, bis ein neues Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplan aufgenommen werden kann, dürfen kein Hinderungsgrund sein. Gegenstand eines Bürgerentscheids muss der angedachte Gewerbeflächentausch Hammelsbrunnen – Breitwiesen sein, was sich auch in der konkreten Fragestellung niederschlagen muss. Hierbei ist, wie wir schon im Herbst 2011 ausgeführt haben, uns und auch vielen Bürgern sehr wichtig, dass ein wirklich flächengleicher Tausch gemeint ist. Die im Gewinn „Hammelsbrunnen“ vom bisherigen Flächennutzungsplan ausgewiesene Gewerbefläche beträgt durch den vorgesehenen hohen Freiraumanteil von 40% maximal ca. 28ha von insgesamt 42ha. Ein Tausch kann nur bedeuten, dass auch im Gewinn „Breitwiesen“ mit sehr viel geringerem Freiraumanteil maximal die gleichen 28ha Netto-Gewerbefläche geschaffen werden können. Jedes andere Vorgehen wäre Etikettenschwindel! Die Bürger und speziell die Weinheimer Landwirte müssen darauf vertrauen können, dass es im Fall eines Tauschs nicht zu einem zusätzlichen Flächenverbrauch kommt.

**Die FDP-Fraktion stellt daher den folgenden Antrag:**

Der Gemeinderat hebt seinen Beschluss vom 19.10.2011 zur Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplans für die Bereiche „Hammelsbrunnen“ und „Breitwiesen“ formal auf. In den folgenden 6 Wochen soll von der Verwaltung mit der Bürgerinitiative über das weitere Vorgehen einschließlich der Fragestellung eines von allen Beteiligten im Konsens herbeigeführten Bürgerentscheids befunden werden, den der Gemeinderat dann mit 2/3-Mehrheit beschließt.

## Fraktion will Konzept vorantreiben

WEINHEIM. Die FDP-Fraktion im Gemeinderat beschleunigt die aktuelle Hallendiskussion in Weinheim. Für den 29. Februar, den Tag der Haushaltsverabschiedung, hat sie einen Antrag angekündigt, der für die Konkretisierung des Gesamthallenkonzepts Weinheim-Süd folgendes vorsieht: Für die Grobplanung einer Mehrzweckhalle in Oberflockenbach sollen 10 000 Büro bereitgestellt werden, 30 000 Büro für die Ermittlung und Planung notwendiger Sanierungsarbeiten an der Mehrzweckhalle Hohensachsen für einen Zeitraum von sechs Jahren. Zweck und Zeitrahmen sind für den Ortsteil Lützelsachsen und seine Gemeindehalle identisch, hierfür beantragt die FDP 10 000 Büro. Die Fraktion nimmt dabei die drei Ortsteile unter die Lupe und richtete sich dabei nach den im Zuge der Diskussion getätigten Aussagen. Demnach drohten der Mehrzweckhalle Hohensachsen eine Reihe von Sanierungsmaßnahmen, wenn das Ge-

bäude nicht in den kommenden fünf Jahren durch einen Neubau ersetzt wird. Bei der Gemeindehalle Lützelsachsen bestehe dringender Handlungsbedarf, da die Statil unzureichend sei und für die Oberflockenbacher Vereine sei ein gemeinsamer Hallenstandort an der Bergstraße nicht akzeptabel - zumal ein Grundstück für einen Hallenneubau in Oberflockenbach bereits zur Verfügung steht. Erschwerend kommt hinzu, dass Weinheim nach Aussage des städtischen Kämmerers in den kommenden fünf Jahren keinen Hallenneubau finanzieren kann. Daher müsse laut FDP für Oberflockenbach eine Grobplanung über die Konzeption und die Kosten erstellt werden, um in der Folge eine Finanzierung unter der Beteiligung Dritter wie Sportbund oder Sponsoren anzustoßen. Was Lützelsachsen und Hohensachsen betrifft, so ist die Vorgabe der FDP klar: Die Arbeiten an den beiden Hallen „können nicht länger aufgeschoben werden.“



Der etwas andere Blick: So sieht die Gemeindehalle Lützelsachsen von oben aus. Sie steht ebenso im Mittelpunkt der Diskussion wie die Mehrzweckhalle Hohensachsen und eine von Oberflockenbach geforderte neue Halle.

BILD: ARCHIV

## Fraktion will Konzept vorantreiben

WEINHEIM. Die FDP-Fraktion im Gemeinderat beschleunigt die aktuelle Hallendiskussion in Weinheim. Für den 29. Februar, den Tag der Haushaltsverabschiedung, hat sie einen Antrag angekündigt, der für die Konkretisierung des Gesamthallenkonzepts Weinheim-Süd folgendes vorsieht: Für die Grobplanung einer Mehrzweckhalle in Oberflockenbach sollen 10 000 Büro bereitgestellt werden, 30 000 Büro für die Ermittlung und Planung notwendiger Sanierungsarbeiten an der Mehrzweckhalle Hohensachsen für einen Zeitraum von sechs Jahren. Zweck und Zeitrahmen sind für den Ortsteil Lützelsachsen und seine Gemeindehalle identisch, hierfür beantragt die FDP 10 000 Büro. Die Fraktion nimmt dabei die drei Ortsteile unter die Lupe und richtete sich dabei nach den im Zuge der Diskussion getätigten Aussagen. Demnach drohten der Mehrzweckhalle Hohensachsen eine Reihe von Sanierungsmaßnahmen, wenn das Ge-

bäude nicht in den kommenden fünf Jahren durch einen Neubau ersetzt wird. Bei der Gemeindehalle Lützelsachsen bestehe dringender Handlungsbedarf, da die Statil unzureichend sei und für die Oberflockenbacher Vereine sei ein gemeinsamer Hallenstandort an der Bergstraße nicht akzeptabel - zumal ein Grundstück für einen Hallenneubau in Oberflockenbach bereits zur Verfügung steht. Erschwerend kommt hinzu, dass Weinheim nach Aussage des städtischen Kämmerers in den kommenden fünf Jahren keinen Hallenneubau finanzieren kann. Daher müsse laut FDP für Oberflockenbach eine Grobplanung über die Konzeption und die Kosten erstellt werden, um in der Folge eine Finanzierung unter der Beteiligung Dritter wie Sportbund oder Sponsoren anzustoßen. Was Lützelsachsen und Hohensachsen betrifft, so ist die Vorgabe der FDP klar: Die Arbeiten an den beiden Hallen „können nicht länger aufgeschoben werden.“



Der etwas andere Blick: So sieht die Gemeindehalle Lützelsachsen von oben aus. Sie steht ebenso im Mittelpunkt der Diskussion wie die Mehrzweckhalle Hohensachsen und eine von Oberflockenbach geforderte neue Halle.

BILD: ARCHIV

# Schritt zur Konsolidierung

## FDP zur Abgabe der Jugendhilfe

**Weinheim, (zg/lue)** Mit der Abgabe der Verwaltung der Jugendhilfe an den Kreis wurde „ein entscheidender und letztlich unumgänglicher Schritt zur weiteren Konsolidierung der städtischen Finanzen vollzogen.“ Darauf wies gestern die FDP-Gemeinderatsfraktion hin. Es habe sich seit Langem abgezeichnet, dass die Finanzausstattung kreisangehöriger Gemeinden es nicht erlaube, eine solche Aufgabe anstelle des per Gesetz zuständigen Kreises zu übernehmen, so die Liberalen in einer Pressemitteilung.

„Verwunderlich“ sei daher nur die lange Zeitdauer in der die großen Fraktionen im Gemeinderat an dieser Aufgabe festgehalten hätten. Denn die Kritik der FDP an der Belastung des städtischen Haushalts durch die Jugendhilfe könne über zwei Jahrzehnte durch die Haushaltsberatungen zurückverfolgt werden. Hätte man sich frühzeitig der FDP-Position angeschlossen, wäre auf die Jahre hochgerechnet, ein sich auf mehrere Millionen belaufender Einsparbetrag zustande gekommen. Wobei damit zu rechnen sei, dass der von der Verwaltung angegeben jährliche Einsparbetrag von knapp 400 000 sich durch Rückgang der bei Weinheim verbleibenden Pensionsumlage auf weit über 500 000 Euro erhöhen wird. Der Kreis werde die Aufgabe gemäß Jugendhilfegesetz ohne Abstriche in seinem Weinheimer Behördenzentrum fortsetzen, betont die FDP.

Kritik üben Günter Breiling und Co an der Auffassung der GAL, man hätte alternativ zur Abgabe auch eine Kostenoptimierung machen können. Dabei lassen die Grünen aus FDP-Sicht unbeachtet, dass nach den geltenden Bestimmungen Weinheim „ein Drittel der anfallenden Personalkosten selbst zu tragen hatte“, sodass ein gehöriges Defizit nicht vermeidbar war. Personaleinsparungen waren aber nach Auffassung der Liberalen angesichts der sensiblen Aufgaben im Bereich der Jugendhilfe und der Orientierung auf das Kindeswohl nicht möglich gewesen. Die FDP erinnert daran, dass nach wie vor das Ziel gelte, bis 2013 eine jährliche Verbesserung im Verwaltungshaushalt um 3,5 Millionen Euro zu erzielen - „ein Ziel, das derzeit noch in weiter Ferne steht.“ Dabei vermissen die Liberalen eine konstruktive Haltung der Verwaltung, die bisher keine eigenen Vorschläge zur weiteren Haushaltskonsolidierung vorgelegt habe. Vielmehr entstehe der Eindruck, dass die Verwaltung gegenüber den verschiedenen Einspar-Ansätzen eher eine Abwehrhaltung einnehme. Angesichts dieser Situation setzt die FDP darauf, dass die von der Fraktion vorgelegten Einsparansätze demnächst im Personalausschuss beziehungsweise in der Haushaltsstrukturkommission beraten werden.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

meine Damen und Herren!

Der Beschlussantrag, die Rechtsstellung Weinheims als Träger der Jugendhilfe aufzugeben und die damit verbundenen Aufgaben an den Rhein-Neckar-Kreis abzugeben ist keine sozialpolitische Entscheidung, sondern eine Konsequenz aus der Finanzlage der Stadt, gekennzeichnet durch defizitäre Verwaltungshaushalte - nach der aktuellen mittelfristigen Finanzplanung bis hin zum Jahr 2014.

Im Haushaltsplan des laufenden Jahres ist der Unterabschnitt „Verwaltung der Jugendhilfe“ mit einem Zuschussbetrag von 894 T€ belastet. Dieser Betrag ist durch eine veränderte Zuordnung von Pensionsumlagen überhöht, der realistische Ansatz dürfte bei 700 T€ liegen. Die ebenfalls nach dem Jugendhilfegesetz vorzuhaltende Erziehungsberatungsstelle, die in Weinheim unter dem Namen „Psychologische Beratungsstelle“ firmiert, erfordert zusätzlich einen Zuschuss von 150 T€. Diese Defizit-Beträge machen einen erheblichen Teil des Gesamt-Defizits des Verwaltungshaushalts aus, der sich in diesem Jahr auf 4,4 M€ beläuft. Die Trägerschaft der Jugendhilfe stellt eine schwere Belastung der städtischen Finanzen dar.

Nun regelt § 69 Abs. 1 des Sozialgesetzbuches VIII eindeutig, dass die Kreise und die kreisfreien Städte örtliche Träger der Jugendhilfe sind. Abs. 2 dieses Paragraphen lässt die Trägerschaft von kreisangehörige Gemeinden allenfalls zu, wenn ihre Leistungsfähigkeit zur Erfüllung der Aufgaben gewährleistet ist.

In einer Situation, in der wir über mehrere Jahre hinweg in großem Umfang Vermögenswerte veräußern müssen, um die laufenden Verwaltungskosten zu bezahlen, in der wir die Substanz unseres 300 M€ umfassenden Anlagevermögens nicht erhalten können, weil wir die für Erneuerungsinvestitionen erforderlichen Investitionsmittel nicht erwirtschaften und uns die dafür notwendigen Kredite nicht leisten können – ich will die Finanzmisere hier nicht weiter ausmalen – in dieser Situation kann keine Rede davon sein, dass Weinheim die Leistungsfähigkeit besitzt, die örtliche Trägerschaft der Jugendhilfe zu übernehmen.

Die Kritik der FDP an der Belastung des Weinheimer Haushalts durch die Verwaltung der Jugendhilfe kann über zwei Jahrzehnte durch die Haushaltsberatungen zurückverfolgt werden. In der Rolle des „Rufers in der Wüste“ hat die FDP die Forderung nach Abgabe dieser Last immer wieder in die Haushaltsberatungen eingebracht – gegen den Widerstand aller Fraktionen des Gemeinderats. Hätte man sich frühzeitig der FDP-Position angeschlossen, wäre auf die Jahre hochgerechnet, ein sich auf mehrere Millionen belaufender Einspar-Betrag zustande gekommen. In der Beschlussvorlage ist das jährliche Einsparpotential bei der Abgabe der Verwaltung der Jugendhilfe mit knapp 400 T€ angegeben. Auf längere Sicht wird sich dieser Betrag durch Rückgang der bei Weinheim verbleibenden Pensions-Umlage auf weit über 500 T€ erhöhen.

Angesichts dieser Sachlage ist die heute anstehende Entscheidung ein unumgänglicher, notwendiger Schritt.

Dabei ist ausschlaggebend, dass mit der Abgabe der Verwaltung der Jugendhilfe an den Kreis die Wahrnehmung der Aufgabe gemäß Jugendhilfegesetz ohne Abstriche fortgesetzt wird. Der Kreis wird die Jugendhilfe für den gesamten Nordkreis in Weinheim, im neu entstehenden Behördenzentrum, konzentrieren. Dabei will der Kreis 13 Personen aus dem Weinheimer Amt übernehmen. Dieses Verhandlungsergebnis wird von der FDP ausdrücklich begrüßt. Zu keinem anderen Zeitpunkt wären so günstige Konditionen erzielbar gewesen – man muss das als einmalige Chance sehen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass es geradezu absurd wäre, wenn die künftige Kreis-Stelle in Weinheim ausgerechnet für Weinheimer nicht zuständig wäre.

**Die FDP stimmt den Beschlussanträgen in allen Punkten zu.**

Der Gemeinderat der Stadt Weinheim sollte diese Beschlüsse in nüchterner Wertung der Gegebenheiten in Weinheim fassen - und dies nicht dem Sozialministerium überlassen, das durch Rechtsverordnung die Rechtstellung einer kreisangehörigen Gemeinde als örtlicher Träger der Jugendhilfe auch aufheben kann.

Es bleibt darauf hinzuweisen, dass die Haushaltsposition 4602 „Einrichtungen der Jugendarbeit“ von der heutigen Entscheidung unberührt bleibt Hier werden die Zuschüsse für Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, für Job Central etc. finanziert. Der Zuschuss beträgt hier 552 T€.

**Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.**

Weinheimer Woche 10.6.11

### FDP-Initiative zur Förderung von Tagesmüttern hatte Erfolg

#### **Stadt soll Förderprogramm begleiten**

(-). Die FDP-Fraktion, die mit ihrem Antrag vom 2. Februar, der auch von den Freien Wählern unterstützt wurde, den Anstoß zur städtischen Förderung der Kleinkindbetreuung durch Tagesmütter gegeben hat, sieht sich in ihrer Initiative durch den 'jüngsten Gemeinderatsbeschluss bestätigt, wie sie in einer Pressemitteilung bemerkt. Ab August gibt es für die Kleinkindbetreuung

durch Tagesmütter einen monatlichen städtischen Zuschuss. Damit wird eine Angleichung der von den Eltern zu tragenden Betreuungskosten bei Tagesmüttern an die hoch subventionierten Kinderkrippen ermöglicht, so dass die Entscheidung für eine Tagesmutter wieder eine realistische Alternative wird. Die vom Gemeinderat bevorzugte Form der pauschalen

Bezuschussung entspreche zwar nicht exakt der von der FDP gewollten Zuschussung nach geleisteten Betreuungsstunden, "für die FDP ist aber wichtig, dass ihrem Anstoß mit großer Mehrheit gefolgt wurde", so die Pressemitteilung weiter. Um dem jetzt beschlossenen Förderprogramm wirklich zum Erfolg zu verhelfen, sieht die FDP-Fraktion aber die Notwendigkeit, es sei-

tens der Stadt verstärkt mit Werbe- und Unterstützungsmaßnahmen zu begleiten, um den Bestand an Tagespflegeplätzen zu erhalten und die Einrichtung weiterer Pflegeplätze zu erreichen.

Dies sollte neben einer aktiven Ansprache und Hilfestellung auch Hilfen bei der Raumbeschaffung und notwendigen Investitionen beinhalten.

## Rhein-Neckar-Zeitung 4.3.11

FDP-Mann Günter Breiling brannte ein anderes Thema „unter den Nägeln“: > **die Kleinkindbetreuung**. Weil die Stadt die Betreuungsquote einhalten muss, ist sie gezwungen, in den Bau von Krippen zu investieren beziehungsweise diesen und deren Betrieb zu bezuschussen, was sehr viel Geld verschlingt. Die FDP will nun Plätze in der Tagespflege mit einem Euro pro Stunde bezuschussen: „Wenn wir das richtig machen, finanziert es sich selbst“, so Breiling, der mit der Förderung der Tagespflege den Ausbau von Krippen sparen will.

Stella Kirgiane-Efremidis (SPD) gab zu bedenken, dass in Mannheim trotz Förderung die Tagesmütter nicht ausreichten. Der OB argumentierte, dass der Weinheimer Zuschuss höher liege. Die Mehrheit der Räte stimmten dafür, für das Kindergartenjahr 2011 einen Betrag von 50 000 Euro für Förderung zur Verfügung zu stellen. Der Gemeinderat wird die Details nochmals beraten.

# An Beratung aber nicht sparen

*FDP durchforstet Haushalt 2011  
nach Einsparmöglichkeiten*

**Weinheim.** (lue) Für Weinheims Liberale führt kein Weg am Sparen vorbei. Nachdem OB Heiner Bernhard Ende Januar den Haushalt 2011 eingebracht hat, durchforstete die FDP-Gemeinderatsfraktion das Zahlenwerk akribisch. Mit dem Ziel, weitere Einsparpotenziale auszumachen. Für Günter Breiling und seine Kollegen steht fest: „Das Abwarten besserer Zeiten ist keine Lösungsalternative. An einer nachhaltigen Senkung der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes führt kein Weg vorbei.“ Die Liberalen gestehen in einer Pressemitteilung ein, dass weitere Kürzungen nur noch möglich seien, wenn die „Leistungsstrukturen“ der Verwaltung grundlegend in Frage gestellt würden. Unversucht will die FDP nichts lassen, neben den bereits im Haushaltskonsolidierungskonzept beschlossenen Ausgabenminderungen von 1,1 Millionen noch einmal den Rotstift anzusetzen.

Breiling und Co. haben dabei nicht ausschließlich, aber besonders das Personal im Blick. Sorgen um ihren Job müssen sich demnach Pressesprecher Roland Kern, aber auch die Mitarbeiter im Museum und in der Stadtbibliothek machen. Mit Blick auf die Stadt Rastatt - für die FDP die Vergleichsgröße - halten die Liberalen zum Beispiel fest: „Für ein kleines Heimatmuseum ist der Personaleinsatz zu hoch.“ Oder: Die Funktion „Öffentlichkeitsarbeit“ müsse mit einer halben Personalstelle auskommen. Und bezüglich der Stadtbibliothek rechnet die FDP vor, dass Rastatt bei ähnlichen Benutzungsgebühren deutlich geringer Personalkosten habe. Breiling und Co. fordern die Verwaltung auf, die vorgeschlagenen Maßnahmen zu überprüfen, „in beschlussreifer Form auszuarbeiten“ und dem Gemeinderat (30. März) vorzulegen. Und einmal mehr bringen die Liberalen einen externen Berater ins Spiel, der die Ermittlung „realistischer Einsparpotenziale“ deutlich verbessern könne.

**Kleinkindbetreuung: FDP für Förderung von Tagesmüttern**

# Vorschlag: Ein Euro pro Stunde

WEINHEIM. Aus Anlass der Eröffnung der städtischen Kinderkrippe am Kindergarten in der Kuhweid befasste sich die FDP-Fraktion mit dem Stand der Kleinkindbetreuung in Weinheim. Nach Feststellung der Liberalen hat in diesem Jahr der Ausbau der Kinderkrippen in Weinheim mit 80 Plätzen einen guten Stand erreicht und hat die Stadt bei den Zielvorgaben des Jahres 2013, mit der Verpflichtung, für 34 Prozent der unter Dreijährigen ein Betreuungsangebot zu bieten, erfreulich näher gebracht, heißt es in einer Pressemitteilung der FDP.

Demgegenüber sei festzustellen, dass das Angebot an Tagesmüttern stagniere oder sogar rückläufig ist. Die FDP setzt sich seit Jahren für eine gleichgewichtige Förderung der Betreuung bei Tagesmüttern und von Kinderkrippen ein und hat bereits im April im Gemeinderat einen entsprechenden Vorstoß unternommen. Dabei steht für die FDP die Entscheidungsfreiheit der Eltern für die Art der Betreuung, die sie für ihr Kind wünschen - Tagesmutter oder Krippebetreuung - im Mittelpunkt.

In diesem Zusammenhang müsse man sehen, dass die Stadt Weinheim nach den gesetzlichen Vorgaben derzeit einen Vollzeit-Krippeplatz eines privaten oder institutionellen Betreibers mit 4,23 Euro pro Betreuungsstunde bezuschusst. Eine städtische Bezuschussung für Tagesmütter erfolge bisher nicht. Im Ergebnis zahlen Eltern, die nicht unter die Sozialbedürftigkeit fallen, bei Tagesmüttern einen erheblich höheren Beitrag, als bei einer Krippe, heißt es in der Pressemitteilung.

Die Tagespflege bei einer Tagesmutter sei derzeit für Eltern nicht attraktiv und somit eine Entscheidungsfreiheit faktisch nicht gegeben. Dies ist aus Sicht der Liberalen n

erst der Fall, wenn seitens der Stadt auch zur Tagespflege ein Zuschuss gewährt wird. Nach Berechnungen der FDP müsste er einen Euro pro Betreuungsstunde betragen.

Natürlich sei klar, dass bei der finanziellen Lage der Stadt Weinheim der Ruf nach einer solchen Subvention Stirnrundeln hervorrufen muss. Dabei müsse man allerdings bedenken, dass für die 40 derzeit in Weinheim bestehenden Krippenplätze in privater oder institutioneller Trägerschaft, Vollzeitpflege vorausgesetzt, im städtischen Haushalt ein jährlicher Zuschussbetrag von mindestens 253 600 Euro anfällt. Die bestehenden 40 Betreuungsplätze in städtischer Trägerschaft kosten die Stadt pro Jahr rund 316 000 Euro, schreibt die FDP. Das sind zusammen 569 600 Euro,

Im Vergleich dazu würde die Betreuung bei Tagesmüttern, bei einem städtischen Zuschuss in Höhe von einem Euro pro Betreuungsstunde, den städtischen Haushalt mit 120 000 Euro belasten. Die Kostenvorteile sind offensichtlich, heißt es in der FDP-Pressemitteilung.

Nach Auffassung der FDP muss beim weiteren Ausbau von Betreuungsplätzen bis zum Jahr 2013 in deutlich verstärktem Maße auf Tagesmütter gesetzt werden. Sie mahnt darum die Vorlage eines entsprechenden Förderkonzepts an, das bei dem von der FDP im April im Gemeinderat vorgetragenen Antrag seitens des Oberbürgermeisters zu gesagt wurde.

Bei dieser Konzeption müsse auch der Missstand beseitigt werden, dass die Stadt Weinheim derzeit mit der einseitigen Bezuschussung von Krippeplätzen den Tagesmüttern Konkurrenz macht, die unter Mitwirkung der Stadt mit öffentlichen Mitteln für diese Aufgabe ausgebildet wurden.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

meine Damen und Herren!

Vor uns liegt der Haushaltsplanentwurf des Jahres 1 nach Umsetzung des Haushaltskonsolidierungskonzepts. Lassen Sie mich die Lage mit wenigen Sätzen umreißen, wobei ich mich auf Kernsätze aus der Haushaltsrede des Oberbürgermeisters und des Kämmerers beziehe:

Die Eckwerte des Haushalts geben wenig Anlass zur Zufriedenheit, wir können die Negativentwicklung nicht stoppen. Das von der Haushaltsstrukturkommission festgelegte Ziel, spätestens ab den Jahr 2013 Ergebnisverbesserungen im Verwaltungshaushalt von jährlich 3,5 M€ zu erzielen, Steuererhöhungen nicht eingeschlossen, haben wir nicht erreicht. Wir sparen mit der einen Hand und geben mit der anderen das gesparte Geld gleich wieder aus. Nach dem kurzen Hoch befinden wir uns erneut im freien Fall und suchen nach der Kehrtwende. Wir müssen noch mehr bei unseren Leistungen und Prozessen ansetzen. Wir dürfen nicht nachlassen, unser Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Ein Warten auf bessere Zeiten wäre der falsche Weg

Soweit die Zitate aus den beiden Haushaltsreden.

Man kann die Situation auch am Rückstand unserer Investitionen festmachen, z. B. am Beschaffungsrückstand unserer Feuerwehrfahrzeuge oder dem Sanierungsrückstand städt. Wohnungen. Der Verwaltungshaushalt ist bis in Jahr 2014 hinein defizitär und muss durch Rücklagenentnahmen, soweit noch solche da sind, und Grundstücksveräußerungen ausgeglichen werden.

Wie der Kämmerer schon ausgeführt hat, müssen wir unser Schicksal selbst in die Hand nehmen und das heißt, wir müssen weitere Verbesserungen im Verwaltungshaushalt erzielen, wobei klar ist, dass im vorliegenden Haushaltsentwurf alles umgesetzt ist, was zur Konsolidierung beschlossen wurde. Weitere durchschlagende Verbesserungen können heute nicht eingebracht werden

Die FDP hat bei der Beratung des Nachtragshaushaltsplans für den Doppelhaushalt 2009/2010 den Antrag gestellt, ein kompetentes Beratungsbüro mit der Analyse des Weinheimer Verwaltungshaushalts zu befassen und entsprechende Einsparmaßnahmen auszuarbeiten. Dem ist der Hauptausschuss damals nicht gefolgt. In der Verwaltungsvorlage zum Nachtragshaushalt 2009/2010 ist ausgeführt: "Sollten sich die Beratungen in der Haushaltsstrukturkommission als nicht zielführend erweisen, ist über die Einschaltung von externen Beratern zu entscheiden", Ende des Zitats. **Die FDP fordert die Verwaltung auf, diese Entscheidung herbeizuführen.**

Unabhängig davon hat die FDP für die heutigen Beratungen einen Antrag vorgelegt, weitere Einsparmaßnahmen des Verwaltungshaushalts auszuarbeiten, mit dem Ziel, spätestens im Jahr 2013 wieder eine positive Zuführung zum Vermögenshaushalt zu erreichen und damit wieder einen Überschuss für Investitionen zu erwirtschaften. Seitens der Verwaltungsspitze wurde zugesagt, die von der FDP vorgelegten Einsparansätze in die Beratungen des Personalausschusses bzw. der Haushaltsstrukturkommission aufzunehmen und sie hat klargemacht, dass die Verwaltung am Einsparziel der Haushaltsstrukturkommission festhält. Entsprechend dieser Zusage verzichtet die FDP heute auf eine förmliche Abstimmung und auf eine detaillierte Beratung der vorgelegten Einsparansätze. Im Vertrauen auf die Zusage zur Aufnahme der vorgelegten Einsparansätze in die weiteren Beratungen zur Haushaltskonsolidierung folgt die FDP dem Empfehlungsbeschluss der Vorlage.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

**FDP**

**Die Mühle ist verkauft - Weinheim hat eine Sorge weniger**

(-) Was für ein Stein ist der FDP Weinheim vom Herzen gefallen - vor allem Stadträtin Susanne Krüger, die sich von Anfang an in der Bürgerinitiative „Bündnis für Weinheim“ für eine Verhinderung eines Bordellbetriebes eingesetzt hat.

**Dank für Aufklärungsarbeit**

Besonderen Dank möchte die FDP an dieser Stelle den engagierten Bürgerinnen und Bürgern von Weinheim aussprechen, die unzählige Stunden und viel Geld aufgewendet

haben, um die Weinheimer über die Auswirkungen eines so großen Bordellbetriebes aufzuklären und an allen Fronten für die Verhinderung des Bordells, aber auch für eine tragbare Lösung gekämpft haben. Hierbei ist neben vielen anderen Aktionen insbesondere die Unterschriftenaktion für ein Bürgerbegehren zu nennen, wobei lediglich 43 Stimmen zu den erforderlichen 2500 gefehlt haben, dann die Veranstaltung mit der Podiumsdiskussion und Ausstellung in der Peterskirche zum Thema „ohne Glanz und Glamour“

von Terre de Femmes im April 2007, der Petitionsantrag im Landtag von Baden-Württemberg und vor allem die Initiative für eine Sperrgebietsverordnung. Letztendlich haben die Argumente das Regierungspräsidium überzeugt. Die Bauanträge der Investoren wurden mit viel juristischer Feinarbeit auseinander genommen und im Gemeinderat immer wieder Anträge gestellt, um das Vorhaben zu verhindern. Der lange Atem hat sich gelohnt. Auch die Stadtverwaltung, allen voran Bürgermeister Torsten Fetzner,

habt sich nicht mit der Tatsache eines Bordells abgefunden, sondern in vielen Gesprächen mit möglichen anderen Investoren eine alternative Lösung gesucht, wie man heute sieht, mit Erfolg! Ausschlaggebend hierfür war auch die Zusage des FDP-geführten Wirtschaftsministeriums in Stuttgart, erhebliche Sanierungsgelder für das alternative Nutzungsprojekt bereitzustellen. Die FDP Weinheim sieht in diesem Ergebnis die positiven Auswirkungen einer engagierten Bürgerbeteiligung in Zusammenarbeit mit den politischen Gremien dieser Stadt: und hofft, dass dies auch bei anderen Themen erfolgreich praktiziert wird.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

wir beschließen heute über die Haushaltsreste des Jahres 2010, aber wie immer ist diese Beratung auch Anlass, erstmals das finanzielle Ergebnis des abgelaufenen Haushaltsjahrs zur Kenntnis zu nehmen. Dieses finanzielle Ergebnis ist, legt man die ursprünglichen Planzahlen zugrunde, sehr erfreulich ausgefallen. Die noch im Nachtragshaushalt vom Oktober 2009 ausgewiesene negative Zuführung, also das Defizit des Verwaltungshaushalts, von 12,6 M€ hat sich nahezu halbiert. Der größte Teil dieser Verbesserung, nämlich 5 M€, betreffen die Einnahmen des Finanzbudgets. Was bleibt ist ein Defizit von 6,6 M€, das aus Vermögenswerten abgedeckt werden muss – eine, wie es in der Vorlage heißt, nach wie vor sehr kritische Situation.

In der Vorlage wird auch von einer „finanziellen Verbesserung im Vermögenshaushalt“ in Höhe von 3,9 M€ gesprochen. Diese so genannte Verbesserung ist im Wesentlichen durch die Streichung ursprünglich geplanter Investitionsmaßnahmen im Rahmen des Haushaltskonsolidierungskonzepts entstanden. Die noch im Nachtragshaushaltsplan für 2010 vorgesehenen investiven Ausgaben in Höhe von 20 M€ wurden durch den Konsolidierungsbeschluss vom April auf 14 M€ abgespeckt. Daraus werden jetzt Haushaltsreste in Höhe von 8,5 M€ gebildet. Das heißt, dass von dem reduzierten Programm nur ein Volumen von 5,5 M€ abgewickelt wurde. Darin umfassen die Maßnahmen des Konjunkturpakets KII alleine ca. 2 M€. Demnach ist von den noch Ende Oktober 2009 im Nachtragshaushaltsplan geplanten nicht zu KII gehörenden Investitionsmaßnahmen der größte Teil auf der Strecke geblieben. Aber gerade das waren die Investitionsmaßnahmen, die bei Abfassung des Doppelhaushalts 2009/2010 die höchste Priorität hatten.

Was hier sichtbar wird, kann so nicht weitergehen. Weinheim muss wieder seine Investitionsfähigkeit zurückgewinnen. Defizitäre Verwaltungshaushalte können wir uns nicht länger leisten.

Zusammen mit Haushaltsresten aus Vorjahren beträgt die Gesamtsumme der zu bildenden Haushaltsreste des Vermögenshaushalts 13,3 M€. **Die FDP stimmt der Bildung dieser Haushaltsreste sowie den weiteren Beschlussanträgen zu.**

**Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

meine Damen und Herren!

Bei der Stellungnahme zur Ausführung des Haushaltsplans 2010 habe ich festgestellt:

Die katastrophale Haushaltslage Weinheims ist nicht auf den kurzfristigen Einfluss der Finanzkrise zurückzuführen, sondern ist Ausdruck einer seit Jahren bestehenden Schiefelage im Verwaltungshaushalt und der Unvermögen der Verwaltung und der großen Fraktionen des Gemeinderats, die Ausgaben des Verwaltungshaushalts an die Realitäten der Einnahmesituation anzupassen.

Die diesbezüglichen Auflagen des Regierungspräsidiums lauten Jahr um Jahr gleich – sie sind nicht erst im Jahr 2009 der Stadt auferlegt worden.

Jetzt, im Jahr 2010, wo nichts mehr geht, wo wir alle Reserven aufbrauchen werden, um ohne Fehlbetrag über die Runden zu kommen und wo klar ist, dass 2011 ein gesetzeskonformer Haushalt nicht aufgestellt werden kann, soll nun ein Konzept zur Haushaltskonsolidierung beschlossen werden. Dabei wurde ein Minimalziel angepeilt: Im Jahr 2013 soll der Verwaltungshaushalt wieder einen Gewinn abwerfen, der wenigstens die gesetzlichen Auflagen erfüllt. Es wird davon ausgegangen, dass dazu eine finanzielle Verbesserung im Verwaltungshaushalt in Höhe von 3,5 M€ erforderlich ist. Inzwischen ist allerdings klar, dass dieser Betrag durch Anwachsen des Personalbudgets und durch Verpflichtungen im Bereich der Kleinkindbetreuung deutlich nach oben korrigiert werden muss. Um aber die Substanz Weinheims mit seinen 300 M€ Anlagevermögen zu erhalten und die dafür notwendigen Erneuerungsinvestitionen leisten zu können, müsste man diesen Betrag in etwa verdoppeln – und hätte dann immer noch kaum freie Mittel für Neuinvestitionen in die Zukunftsentwicklung Weinheims übrig.

**An diesen Finanzerfordernissen muss das heute zur Beschlussfassung vorliegende Haushaltskonsolidierungskonzept gemessen werden.**

Was ist also herausgekommen? Bis zum Jahr 2013 sollen die im Doppelhaushalt 2009/2010 veranschlagten Ausgaben jährlich um 1,1 M€ sinken. Mit Gebührenanhebungen und der Anhebung der Grundsteuer soll die jährliche Verbesserung 1,66 M€ betragen.

Es ist klar, dass durch bisher nicht geplante Anstiege der Personalkosten und durch die Verpflichtungen im Bereich der Kleinkindbetreuung das für das Jahr 2013 ausgewiesene Einsparergebnis komplett aufgezehrt wird. Zusammen mit den geplanten Erhöhungen von Einnahmen wird die zu erwartende finanzielle Verbesserung im Jahr 2013 also nur in der Größenordnung von einer halben Million liegen.

Ich möchte angesichts dieser Zahlen nicht vom Tropfen auf den heißen Stein sprechen, aber **die mit dem vorliegenden Haushaltskonsolidierungskonzept zu erreichende finanzielle Verbesserung bleibt weit hinter den tatsächlichen Finanzerfordernissen zurück.**

In dieser Situation bleibt gar nichts anderes übrig, als alles zu beschließen, was jetzt im Konsolidierungskonzept steht und ernsthaft mit den Einsparbemühungen fortzufahren – wir haben gar keine andere Wahl.

Natürlich wurde in der FDP über die Vertretbarkeit vieler der im Konsolidierungskonzept stehenden Maßnahmen diskutiert. Natürlich haben wir uns die Frage gestellt, ob wir einer Kürzung der Vereinszuschüsse – ein Aspekt der Gesundheitsvorsorge und der Sozialfürsorge – oder der Erhöhung der Grundsteuer, die alle trifft, Eigenheimbesitzer und Mieter, jetzt zustimmen sollen, wenn eine so wichtige Frage wie der künftige Verbleib der Verwaltung der Jugendhilfe noch ungeklärt ist. Dies umso mehr, als die Verwaltung der Jugendhilfe und die daran gekoppelte psychologische Beratungsstelle mit einem Zuschussbetrag von jährlich 823 T€ im Haushalt stehen,

also ein beträchtliches Einsparpotential aufweisen und inzwischen jedem klar sein muss, dass die im Jugendhilfegesetz für eine städtische Trägerschaft der Jugendhilfe festgelegte Bedingung, nämlich die erforderliche finanzielle Leistungsfähigkeit, Weinheim nicht erfüllt.

Dennoch, bleibt es dabei: Wir müssen alle Einsparmöglichkeiten ausnutzen. Alles Weitere wird die Haushaltsstrukturkommission weiter beschäftigen, wobei angesichts der kaum veränderten Probleme die Inanspruchnahme externer Berater aus Sicht der FDP dringend geboten ist.

Die Sachkosten im Schuletat, die bisher nur zu 80% freigegeben sind, stehen heute nicht zur Disposition. Bei nachgewiesenem Bedarf können die restlichen 20% freigegeben werden.

Was die mittelfristige Finanzplanung betrifft, so wurden die betreffenden Verschiebungen und Kürzungen bereits im April beschlossen. Da nicht geklärt war, ob bei diesen Kürzungen und Verschiebungen alle technischen Aspekte überprüft wurden hat, sich die FDP bei diesem Beschluss der Stimme enthalten und wir haben diese Zweifel auch heute noch. Wir möchten dies aber nicht zum Anlass nehmen, das Konsolidierungskonzept insgesamt abzulehnen. Vieles wird sich bei der Aufstellung der einzelnen Haushaltspläne noch bereinigen lassen.

**Die FDP stimmt dem vorliegenden Konsolidierungskonzept zu.**

**Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

meine Damen und Herren!

Die Haushaltslage der Stadt Weinheim ist im vorliegenden Bericht über den Vollzug des Haushaltsplans 2010 in einem Satz, unter der Überschrift „Schlussbemerkung“ zusammengefasst.

Ich zitiere:

„Noch nie zuvor musste in einem Haushaltsplan der Stadt Weinheim eine Zuführung vom Vermögenshaushalt zum Ausgleich des Verwaltungshaushalt in dieser Größenordnung, die Rede ist von 12,6 M€, veranschlagt werden“.

Ende des Zitats.

Innerhalb eines einzigen Jahres wird der Gegenwert von 13 Kindergarten-Neubauten durch den Schornstein gejagt, Vermögenswerte, die wir auflösen müssen, um die laufenden Verwaltungskosten zu bezahlen.

Aus den Zahlen der Haushaltsausführung im ersten Halbjahr lässt sich die Prognose ableiten, dass der Vermögensverbrauch voraussichtlich „nur“ 11,2 M€ betragen wird. Das ist eine beträchtliche Verbesserung, ändert aber an der katastrophalen Gesamtsituation nichts. Man muss sehen, dass dieses Ergebnis, angesichts des drohenden Anstiegs des Personalbudgets um knapp eine Million durch die Betätigung der Ausgaben-Notbremse durch den Gemeinderat in Form der Ausgaben-Sperre erreicht wurde. Klar ist, dass 2010 das letzte Jahr ist, in dem Weinheim Vermögensauflösungen in der genannten Höhe vornehmen kann, um das Haushaltsloch zu stopfen – 2011 stehen solche Mittel nicht mehr im erforderlichen Umfang zur Verfügung, so dass ein gesetzeskonformer Haushalt nicht aufgestellt werden kann.

Die Nettoeinnahmen des Finanzbudgets werden mit 23,3 M€ prognostiziert. Von den Boomjahren 2007 und 2008 abgesehen ist dies ein Wert, der durchaus im Rahmen der Ergebnisse der vergangenen Jahre liegt. Es ist keineswegs so, dass ein dramatischer Einnahmen-Einbruch durch die Finanzkrise der Grund für das 11,2-Millionen-Defizit ist. Anders als in anderen Städten, wo sich die Gewerbesteuereinnahmen halbiert haben oder noch weiter gesunken sind wird Weinheim in diesem Jahr 13 M€ Gewerbesteuereinnahmen haben, was höher liegt, als das, was vor den Boomjahren 2007 und 2008 durchschnittlich erzielt wurde. Auch beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird 2010 ein Betrag erreicht, der dem Durchschnitt vor den Boomjahren entspricht. Aber ich will die Zahlenanalytik hier nicht weiter treiben – klar ist, die katastrophale Haushaltslage Weinheims ist nicht auf den kurzfristigen Einfluss der Finanzkrise zurückzuführen, sondern ist Ausdruck einer seit Jahren bestehenden Schieflage im Verwaltungshaushalt und des Unvermögens der Verwaltung und der großen Fraktionen des Gemeinderats, die Ausgaben des Verwaltungshaushalts an die Realitäten der Einnahmesituation anzupassen.

**Die FDP nimmt den Bericht über die Ausführung des Haushaltsplans 2010 zur Kenntnis.**

**Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.**

**Betreff:***Haushaltskonsolidierung*

- *Überarbeitung und Fortschreibung der Mittelfristigen Investitionsplanung 2010 bis 2014*
- *Sperre bzw. Freigabe von Haushaltsmitteln im Verwaltungshaushalt 2010*
- *Reduzierung der Haushaltsmittel für Unterhaltungsmaßnahmen im Verwaltungshaushalt (Ausgaben Gruppen 50 und 51) in den Haushaltjahren 2011 ff*

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

meine Damen und Herren!

Wir haben heute einen Beschlussantrag auf dem Tisch, mit dem ein halbes Jahr nachdem per Nachtragshaushalt der Etat für die Jahre 2009 und 2010 korrigiert wurde, einschneidende Veränderungen der Haushaltsplanung beschlossen werden sollen.

Dies wird notwendig, weil man nicht nur bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2009/2010 sondern auch noch bei der Aufstellung des Nachtragshaushaltsplans mit zu optimistischen Zahlen gearbeitet hat und am Aufkommen der Ersatzdeckungsmittel für das im Verwaltungshaushalt bestehende Defizit festgehalten hat.

Die FDP hat bei den Haushaltsberatungen 2009/2010 den zu optimistischen Ansatz für die Gewerbesteuerereinnahmen zurückgewiesen. Die im Nachtragshaushaltsplan veranschlagten Einnahmen aus Grundstücksveräußerungen hat die FDP deutlich in Frage gestellt.

Obwohl diese Entwicklungen erkennbar waren, wurde es versäumt, rechtzeitig notwendige Weichenstellungen vorzunehmen. Heute, 1 ½ Jahre nach dem Zusammenbruch der US-Bank Lehman-Brothers, liegt erstmals ein Beschlussantrag auf dem Tisch, der über eine 10%-ige Sperre der Sachausgaben hinausgeht und empfindliche Einschnitte in das Zahlenwerk des Verwaltungshaushalts vornimmt. Dabei muss gesehen werden, dass die Verwaltung nicht der Sanierungswille für den chronisch maroden Verwaltungshaushalt umtreibt, sondern der Zusammenbruch der für das laufende Haushaltsjahr vorgesehenen Hilfskonstruktion: Wegen Verzögerungen des Baugebiets „Lützelsachsen Ebene“ bleiben Grundstücksveräußerungserlöse aus, die zur Abdeckung des Defizits im Verwaltungshaushalts fest eingeplant waren.

Was die Anträge der heutigen Beschlussvorlage betrifft, so muss man sehen, dass es dabei um 2 verschiedene Paar Stiefel geht. Bei den den Verwaltungshaushalt betreffenden Anträgen geht es um die Beschneidung der Verwaltungskosten, zu deren Deckung nach den gesetzlichen Regelungen nur Rücklagenentnahmen und Vermögensauflösungen herangezogen werden dürfen. Wenn man derartige Mittel nicht mehr hat, hilft nur eine drastische Ausgaben Sperre. Bei dem den Vermögenshaushalt betreffenden Antrag, der Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung, geht es um die Verringerung der Kreditaufnahme. Dabei ist festzustellen, dass das Regierungspräsidium der Stadt Weinheim eine „deutliche Reduzierung der prognostizierten Verschuldung“ zur Auflage gemacht hat. Die genaue Höhe dieser Reduzierung ist nicht vorgegeben. Das Problem ist, dass der Verwaltungshaushalt chronisch defizitär ist und nichts mehr zur Finanzierung von Investitionen hergibt. Aber die Lösung kann nicht lauten, keine Investitionen mehr zu machen, sondern eben den Verwaltungshaushalt zu sanieren, womit wir wieder bei den Anträgen wären, die den Verwaltungshaushalt betreffen.

Um **Satz 2** des Beschlussantrags kommt man in der gegenwärtigen Haushaltslage einfach nicht herum. Die fehlenden Deckungsmittel aus Grundstücksveräußerungen Lützelsachsen Ebene

zwingen dazu. Schmerzlich ist dabei, dass wieder die Gebäudeunterhaltung auf der Strecke bleibt. **Notgedrungen stimmt die FDP zu.**

**Bei Satz 3 des Beschlussantrags stimmt die FDP nicht zu.** Eine solche Maßnahme, bei der es wieder um die Unterhaltung des städtischen Anlagevermögens geht, muss in das Gesamtpaket der vom Regierungspräsidium geforderten Haushaltskonsolidierung eingebunden sein. Die FDP hält die Salami-Taktik hier scheinbarweise zu Beschlüssen zu kommen, für falsch. Wir möchten das Gesamtkonzept sehen und legen Wert auf tragfähige Verschlinkungen der Haushaltsstrukturen. Vorgezogene einfache Ausgabenkürzungen lehnen wir ab.

Bei **Satz 1** des Beschlussantrags sieht die Verwaltung vor, in den 4 Jahren von 2010 bis 2013 ehemals geplante 31 M€ ungedeckte Investitionsmittel um 16 M€ im Wesentlichen durch Verschieben zu reduzieren. Es fällt auf, dass sich diese 16 M€, aus wenigen großen Positionen zusammensetzen. Dies betrifft, mit 10,6 M€, die Verschiebung des Neubaus der Albert-Schweitzer-Schule, die Entwicklung des Gewerbegebiets Bergstraße/Langmaasweg, den S-Bahn-Haltepunkt Weinheim-Süd und den Grundstücksverkehr Lützelachsen Ebene. Auch Mehrzuteilungen für das Römerloch Ost in Höhe von 1,3 M€ werden positiv veranschlagt. Die große Masse der Änderungen betrifft die Kürzung oder Verschiebung kleiner Haushaltsansätze, bei denen die Begründung nicht ohne weiteres einsehbar ist. Als Beispiel nenne ich die Verkabelung im Heisenberg-Gymnasium, mit einem auf 60 T€ halbierten Ansatz und die Sanierung des dortigen nordwestlichen Schulhofs. Bei der FDP bestehen Zweifel, darüber, ob bei diesen Kürzungen und Verschiebungen alle technischen Aspekte überprüft wurden. Auch hier bemängeln wir, dass bereits Entscheidungen getroffen werden sollen, bevor das Gesamtkonzept der Haushaltskonsolidierung beschlossen ist. Erst wenn dies vorliegt, kann man beurteilen, was in den nächsten Haushaltsjahren möglich ist. Dabei kann es nicht sein, dass notwendige Konsolidierungsentscheidungen für den defizitären Verwaltungshaushalt unterbleiben und dafür notwendige Investitionen auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben werden. **Die FDP wird sich bei Satz 1 des Beschlussantrags der Stimme enthalten.**

**Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.**

- Der Oberbürgermeister hat die Beschlussfassung zu Satz 3 des Beschlussantrags (s. Betreff) zurückgezogen. Die Beschlussanträge gemäß Satz 1 und Satz 2 wurden beschlossen.

## Positives Fazit: Mehr Lehrer und mehr Musik

WEINHEIM. „Es hat sich auch für Weinheim gelohnt“, zog die bildungspolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Dr. Birgit Arnold, eine positive Bilanz ihrer bisherigen Arbeit in Stuttgart. „Weinheim bekommt ein Technisches Gymnasium und zwei eigenständige Werkrealschulen neuen Typs. Das ist eine erfreuliche Aufwertung des hiesigen Schulstandortes“, betonte Arnold in der jüngsten Liberalen Runde des FDP-Ortsverbandes Weinheim.

Die enge Zusammenarbeit mit dem Gesamtelternbeirat habe sie außerdem dazu bewogen, sich mit Nachdruck für mehr Lehrer im Real- und Gymnasialbereich einzusetzen. „Wir Bildungspolitiker haben unsere Landtagskollegen davon überzeugen können, dass wir auch ein dickes Stück vom Kuchen der Steuermehreinnahmen der beiden .fet-

ten Jahre haben sollten“, sagte Arnold. Durch die Qualitätsoffensive „Bildung“ mit einem Volumen von rund 500 Millionen Büro könne man seit dem laufenden Schuljahr landesweit in drei Schritten den Klassenteiler auf 30 Schüler senken. Diese dafür nötigen Lehrerressourcen von rund 3000 Deputaten kämen vor allem den Realschulen und Gymnasien mit ihren vollen Klassen zugute und könnten die Unterrichtssituation dort deutlich entspannen, gab sich Arnold überzeugt. „Trotz sinkender Schülerzahlen weiten wir die Lehrerversorgung aus. Das ist einzigartig in der Bundesrepublik.“

Ein weiteres wichtiges Anliegen ihrer bildungspolitischen Arbeit sei die Forderung nach mehr Musik in Kindergarten und Grundschule gewesen. „Ich habe dazu parlamentarische Initiativen gestartet und einen Fachtag veranstaltet, auf dem

das Projekt „Singen-Bewegen-Sprechen“ des Landesverbandes der Musikschulen von uns vorgestellt wurde“, sagte die bildungspolitische Sprecherin. In enger Zusammenarbeit von Musikschulen und Kindergärten könne ab Oktober einmal in der Woche in Kindergärten ein musikalisches Angebot gemacht werden. Organisation und finanzielle Abwicklung erfolgten im Auftrag des Kultusministeriums durch den Landesverband der Musikschulen. „Er schreibt auch die Kooperationsangebote aus“, erläuterte Arnold. Für den Rest der Legislaturperiode kündigte sie abschließend besondere Anstrengungen ihrer Fraktion für die Erarbeitung eines stimmigen Gesamtkonzeptes im Bereich der frühkindlichen Bildung und der Ganztagesbetreuung sowie der Ausweitung des gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderung an.

---

### Weinheim aktuell 14.5.10

#### Lib. Runde Weinheim

#### **Bildungspolitik**

„Es hat sich auch für Weinheim gelohnt“, zog die bildungspolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Dr. Birgit Arnold, eine positive Bilanz ihrer bisherigen Arbeit in Stuttgart. „Weinheim bekommt ein Technisches Gymnasium und zwei eigenständige Werkrealschulen neuen Typs. Das ist eine erfreuliche und deutliche Aufwertung des hiesigen Schulstandortes und ich bin sehr froh, dass ich dazu meinen Teil beitragen konnte“, betonte Arnold in der jüngsten Liberalen Runde des FDP-Ortsverbandes Weinheim. Die enge Zusammenarbeit mit dem Gesamteltern-

beirat unter der Leitung von Dr. Hinrichs, habe sie außerdem bewogen, sich mit Nachdruck für mehr Lehrer im Real- und Gymnasialbereich einzusetzen. „Wir Bildungspolitiker haben unsere Landtagskollegen davon überzeugen können, dass wir auch ein dickes Stück vom Kuchen der Steuermehreinnahmen der beiden „fetten“ Jahre haben sollten. Durch die Qualitätsoffensive Bildung mit einem Volumen von rund 500 Millionen Euro können wir seit dem laufenden Schuljahr landesweit in drei Schritten den Klassenteiler auf 30 senken. Diese dafür nötigen Lehrerressourcen von rund 3000 Deputaten kommen vor allem den Realschulen und Gymnasien mit ihren vollen Klassen zugute und werden die Unter-

richtssituation dort deutlich entspannen,“ gab sich Arnold überzeugt. „Trotz sinkender Schülerzahlen weiten wir die Lehrerversorgung aus. Das ist einzigartig in der Bundesrepublik.“

Ein weiteres wichtiges Anliegen ihrer bildungspolitischen Arbeit sei die Forderung nach

#### **Musik**

mehr Musik in Kindergarten und Grundschule gewesen. „Ich habe dazu parlamentarische Initiativen gestartet und einen Fachtag veranstaltet, auf dem das Projekt „Singen-Bewegen-Sprechen“ des Landesverbandes der Musikschulen von uns vorgestellt wurde, das zu meiner großen Freude jetzt in die Fläche gehen kann. In enger Zusammenarbeit von

Musikschule und Kindergarten kann ab Oktober einmal in der Woche in Kindergarten ein kindgerechtes musikalisches Angebot gemacht werden.

Organisation und finanzielle Abwicklung erfolgen im Auftrag des Kultusministeriums durch den Landesverband der Musikschulen. Er schreibt auch die Kooperationsangebote aus“, erläuterte Arnold. Für den Rest der Legislaturperiode kündigte Arnold abschließend besondere Anstrengungen ihrer Fraktion für die Erarbeitung eines stimmigen Gesamtkonzeptes im Bereich der frühkindlichen Bildung und der Ganztagesbetreuung sowie der Ausweitung des gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderung an.

**Betreff:**

*Örtliche Bedarfsplanung gem. § 3 Abs. 3 Kindertagesbetreuungsgesetz für Baden-Württemberg (KiTaG) für das Kindergartenjahr 2010/11*

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren!

Für den Stichtag 31.12.2010 wird die Anzahl an Kindern mit Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz mit 1228 prognostiziert. Die vorliegende Bedarfsplanung sieht für das Kindergartenjahr 2010/2011 für diese Kinder 1246 Kindergartenplätze vor. Man kann damit rechnen, dass etwa 55 dieser Plätze am 31.12. nicht besetzt sein werden. Nach den bisherigen Erfahrungen wird aber dieser Überhang bis Mitte März aufgebraucht werden, weil aus der Gruppe der Unter-3-Jährigen im Laufe des Kindergartenjahres Kinder in das Rechtsanspruch-Alter hineinwachsen. **Die FDP stimmt der Bedarfsplanung der Kindergarten-Plätze nach Anlage 2 zu.**

Was die Betreuung der Unter-3-Jährigen betrifft, so nehmen die Plätze für diese Altersgruppe in Kindergärten von 130 auf 111 ab. Die Tendenz geht dahin, Für diese Kinder eher teurere Krippeplätze anzubieten. Nach der vorliegenden Bedarfsplanung ist ein Anwachsen der Krippeplätze von derzeit 39 auf 140 Plätze vorgesehen. Für das Jahr 2013 wird dann ein weiterer Zuwachs ausschließlich im Krippebereich auf 190 Plätze prognostiziert.

So wünschenswert die damit verbundene Erfüllung des vorgegebenen Ziels an Betreuungsplätzen für das Jahr 2013 ist – klar ist, dass damit eine Variante zum Tragen kommt, die für den städtischen Haushalt am teuersten zu stehen kommt: Während die Plätze bei Tagesmüttern und in Kindergärten stagnieren wird nur auf den Ausbau der Kinderkrippen gesetzt. Die 190 Krippeplätze werden den Verwaltungshaushalt jährlich mit bis zu 1,2 M€ belasten. Dazu kommen dann noch Investitionskostenzuschüsse bzw. der dafür erforderliche Kapitaldienst. Die FDP hat auf diese Fehlentwicklung seit Jahren hingewiesen und gefordert, die Kleinkindbetreuung in der Tagespflege entsprechend zu unterstützen. Diese Forderung stellen wir auch heute. Man muss sehen, dass ein Vollzeitpflegeplatz unter Einbeziehung des Landeszuschusses einen Elternbeitrag von ca. 4 € pro Stunde erfordert, während bei einer Kinderkrippe der Stundensatz durch städtische Zuschussung nur ca. 2,50 € beträgt. Da ist die gesetzlich geforderte Wahlfreiheit der Betreuungsart nicht mehr gegeben und die Tendenz weg von den Tagesmüttern und hin zu den für den städtischen Haushalt teuren Krippeplätzen ist vorprogrammiert.

**Die FDP stellt daher den folgenden Antrag:**

Die Stadt Weinheim gewährt für Weinheimer Kinder im Alter unter 3 Jahren in der Tagespflege einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 1 € pro Betreuungsstunde, soweit deren Pflege nicht im Sinne des Jugendhilferechts erforderlich und anderweitig finanziert ist.

Wir verweisen dabei ausdrücklich auf Vorgaben des SGB VIII, nach dem die Kostenbeiträge der Eltern bei der Tagespflege denen in den Tageseinrichtungen anzupassen sind.

**Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit**

- ➔ Der Oberbürgermeister hat die Ausarbeitung eines Förderkonzepts für die Tagespflege (Tagesmütter), mit Einbeziehung der Kostenbeiträge der Eltern, zugesagt. Auf eine förmliche Abstimmung wurde verzichtet.



Junge Liberale

Weinheim-Schriesheim

# PRESSEINFORMATION

09.12.2009

## Gemeinsam für den Jugendgemeinderat Weinheim

„Jugendgemeinderat für Weinheim“. Unter diesem Motto stand die Vorstandssitzung der Jungen Liberalen (JuLis) Weinheim-Schriesheim am vergangenen Dienstagabend im Diebsloch in Weinheim.

Die JuLis bedauern, dass es trotz zahlreicher Initiativen in den vergangenen Monaten immer noch keine konkreten Anzeichen für die Realisierung eines Jugendgemeinderates in Weinheim gibt.

Da die JuLis vom Interesse zahlreicher Schüler, vor allem aus der Bonhoeffer Schule, an einem Jugendgemeinderat gehört haben, fassten sie den Entschluss, das Thema „Jugendgemeinderat“ in den nächsten Wochen konkret anzugehen. Dabei soll es sich jedoch in keinem Fall um ein Alleinprojekt der JuLis handeln, sondern es sollen alle (politischen) Jugendorganisationen, SMVen und interessierte Lehrer in Weinheim eingebunden werden. Denn nur durch die Bündelung aller Kräfte kann endlich ein Jugendgemeinderat durchgesetzt werden.

Über die Schritte zur Gründung eines Jugendgemeinderats haben sich die JuLis in den vergangenen Wochen bereits Gedanken gemacht und dafür ein Konzept entwickelt. Wichtig ist vor allem, die Jugendlichen in die Planung einzubeziehen.

Daher rufen die JuLis alle Interessierten dazu auf, sich bei diesem Thema einzubringen. Schön wäre es, wenn eine „Initiative für den Jugendgemeinderat“ zustande käme, um in Zusammenarbeit mit der Stadt Weinheim und anderen helfenden Händen eine Infoveranstaltung als ersten Schritt auf die Beine zu stellen. Als Ansprechpartner steht der Ortsvorsitzende Andreas Maier unter [maier@julis-weinheim.de](mailto:maier@julis-weinheim.de) gerne zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie unter [www.julis-weinheim.de](http://www.julis-weinheim.de)

### Junge Liberale Ortsverband Weinheim-Schriesheim

#### **Andreas Maier**

*Ortsvorsitzender*

Winzerweg 6

69493 Hirschberg

e-mail: [maier@julis-weinheim.de](mailto:maier@julis-weinheim.de)

#### **Julia Raab**

*Stellvertretende Ortsvorsitzende für*

*Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*

Jahnstr. 14

69493 Hirschberg

e-mail: [raab@julis-weinheim.de](mailto:raab@julis-weinheim.de)

#### **Internet:**

[www.julis-schriesheim.de](http://www.julis-schriesheim.de)

[www.julis-weinheim.de](http://www.julis-weinheim.de)

# FDP fordert weiter externen Berater

*Haushaltssituation war Thema bei  
„Liberaler Runde“*

**Weinheim.** (lue) Günter Breiling hatte ganz genau nachgerechnet. Dem Gegenwert von 18 Kindergarten-Neubauten würden die „ungedeckten Verwaltungskosten der Jahre 2009 und 2010“ entsprechen, verdeutlichte der FDP-Stadtrat die Haushaltssituation der Stadt mit einem Zahlenbeispiel. Während der „Liberalen Runde“ im Restaurant „Beim Alex“ hatte der Fraktionsvorsitzende aber noch mehr Zahlen parat.

Seine Forderung: Eine Stadt wie Weinheim, mit einem Anlagenvermögen von etwa 300 Millionen Euro, müsse in der Lage sein, alleine für Erneuerungsinvestitionen rund sechs bis acht Millionen Euro pro Jahr aufzubringen. Neuinvestitionen und die Tilgung der hohen Schulden erforderten weitere Millionen. Innerhalb der Neun-Jahres-Zeitspanne von 2002 bis 2010 sei dieses Ziel nur in zwei Jahren erreicht worden. In den übrigen Jahren sei das Ergebnis negativ oder völlig unzureichend gewesen, meinte der FDP-Finanzexperte.

Liberale Kritik hagelte es an der Stadtverwaltung. Breiling bezweifelte, dass es dieser gelingen wird, Maßnahmen zur Verringerung der Verwaltungskosten im erforderlichen Umfang auszuarbeiten und diese der Haushaltsstrukturkommission vorzulegen. Da dies bedeute, dass die beteiligten Fachämter ihre eigene Arbeit auf den Prüfstand stellen, seien einschneidende Vorschläge nicht zu erwarten. Aus diesem Grund bleibe die FDP-Fraktion bei ihrer Auffassung, dass die Finanzsituation der Zweiburgenstadt den Einsatz eines „externen Beraters“ erfordere.

Breiling unterstrich die Bedeutung der „Weinheim Galerie“ für die Innenstadtentwicklung. Was die aus seiner Sicht völlig unakzeptablen Werbeanlagen auf der Ostseite des Gebäudes betrifft, werde sich die FDP auf der Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt im Dezember dafür einsetzen, Werbeanlagen auf den Schriftzug „Weinheim Galerie“ zu begrenzen.

Verärgert zeigte sich Breiling über die von der Bahn vorgelegte bahnbetriebliche Untersuchung, nach der die geplanten S-Bahn-Haltepunkte in Sulzbach und Weinheim Süd nicht realisiert werden können. Hier werden Personenverkehr und Güterverkehr gegeneinander ausgespielt, so Breiling. Im Ergebnis bedeute die Entscheidung, dass die Investition in das S-Bahn-System an der Bergstraße entwertet werden, weil für einen erheblichen Teil der Anwohner an der Strecke die S-Bahn unattraktiv werde.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren!

In der Vorlage werden zum einen die Probleme mit der Preisentwicklung im Nachtstrombereich aus Sicht der Stadtwerke Weinheim dargestellt. Zum anderen wird erläutert, inwieweit aus Angaben im Bebauungsplan Wüstberg / Oberer Michelsgrund rechtliche Verpflichtungen der Stadt Weinheim gegenüber betroffenen Nachtstrombetreibern herzuleiten sind.

Die Fakten stellen sich wie folgt dar:

Der Arbeitspreis im Nachtstrombereich wurde am 1. Januar 2009 um 3 Cent/kWh auf 9,45 Cent/kWh erhöht, was einem Anstieg um 46,5% entspricht. Unter Einbeziehung der Erhöhung am 1. Februar 2008 beträgt der Anstieg des Arbeitspreises 73,4 %, innerhalb von 11 Monaten.

Das sind die nüchternen Zahlen, in der Vorlage werden diese nur verschleiert.

Die Stadtwerke führen aus, dass „die veröffentlichten Preise nicht ausreichen, um die Selbstkosten zu decken“ und verweisen auf die Überprüfung ihrer Kalkulation durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Dazu ist zuzusagen, dass die Stadtwerke Weinheim keinen Nachtstrom einkaufen. Es ist also gar nicht möglich, dem Produkt Nachtstrom einen konkreten Einkaufspreis gegenüberzustellen – eine einfache Selbstkostenrechnung ist deshalb nicht machbar. Die Stadtwerke müssen das Produkt Nachtstrom aus den eingekauften Stromkontingenten Grundlast und Spitzenlast bedienen und eine Mischkalkulation vornehmen. Wie auf der Podiumsdiskussion im April kommuniziert, bringen die Stadtwerke dabei einen Grundlastanteil von 60% und einen Spitzenlastanteil von 40% in Ansatz. Dies so zu tun ist aber eine vom Unternehmen getroffene willkürliche Festsetzung, deren Richtigkeit auch von einem Wirtschaftsprüfer nicht bestätigt werden kann. Es gibt gute Gründe, die dafür sprechen, Nachtstromkunden ausschließlich aus dem Grundlastkontingent zu bedienen, weil der Verbrauch des Nachtstroms in den leistungsarmen Nachtstunden liegt, und prinzipiell zur Vergleichmäßigung der Stromabgabe der Stadtwerke und damit zu günstigeren Einkaufsbedingungen beiträgt. Ein weiterer Ansatzpunkt für eine günstigere Kalkulation ist die Tatsache, dass sowohl der Tagstrom als auch der Nachtstrom des jeweiligen Kunden über denselben Hausanschluss bedient werden, nur zu unterschiedlichen Zeiten. **Die FDP appelliert daher an die Stadtwerke, die eklatanten Preiserhöhungen im Nachtstrombereich zu korrigieren.**

Was den Bereich des Bebauungsplans Wüstberg / Oberer Michelsgrund betrifft, so ist die in der Vorlage gemachte Feststellung, durch den Hinweis im Bebauungsplan, nur Gas- und Elektroheizungen zulassen zu wollen, „ergab sich für die Bauherren eine Art Pflicht, eine Elektroheizung in ihrem Gebäude einzubauen“ sicher zutreffend, zumal ein Gasanschluss zum Bauzeitpunkt nicht vorhanden war. **Dieser Verpflichtung muss sich die Stadt Weinheim auch heute stellen und ich mahne nochmals eine Korrektur der Preiserhöhungen an.**

Darüber hinaus begrüßt die FDP die Überlegungen, Hilfestellungen für die Umrüstung der Nachtspeicherheizungen zu geben. Allerdings muss man zwei Dinge sehen: Weil in den betroffenen Häusern oder Wohnungen keine Warmwasserkreisläufe vorhanden sind, sind die Umrüstmaßnahmen sehr aufwendig. Dass eine Umrüstung auf eine Feuerungsanlage vor Ort zu einer Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes führen würde, ist bei dem hohen Kernenergieanteil der baden-württembergischen Stromversorgung eher nicht zu erwarten.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren!

Der aufgerufene Tagesordnungspunkt betrifft einen Änderungsantrag zur Baugenehmigung für die Errichtung der „Weinheim Galerie“. Dabei geht es im Wesentlichen um den Wegfall der Dachterrassen, um die Anbindung an das Dürreplatz-Parkhaus, um Vordächer und Gebäudevor- und Rücksprünge, sowie um die Ostfassade und um das Werbekonzept.

Der Beschlussantrag der Verwaltung lautet auf „Information des Gemeinderats“.

Ich möchte vorweg feststellen, dass die FDP dem Projekt der Weinheim Galerie größte Bedeutung für die Innenstadtentwicklung beimisst. Die Weinheim Galerie leistet einen entscheidenden Beitrag zur Aufwertung des Weinheimer Zentrums und zur Kaufkraftbindung in Weinheim. Darüber hinaus halten wir es für beeindruckend, wie der Investor trotz Finanzkrise das Projekt im Rahmen des Terminplans durchzieht.

Natürlich ist es für ein solches Projekt unabdingbar, sich in Richtung des innerstädtischen Zentrums entsprechend zu präsentieren und zu werben.

Deutlich anders stellt sich die Situation bezüglich der Ostseite der Weinheim Galerie dar. Die strukturlose Fläche der Ostfassade ist eine architektonische Fehlleistung. Auch bei der ursprünglichen Konzeption mit Balkonen hätte man sich gewünscht, dass durch Fenster und andere Elemente ein Aufbrechen der Fläche erfolgt wäre. Aber jetzt stehen wir vor dem architektonischen Offenbarungseid. Statt einer ansprechenden Architektur werden Werbeflächen in riesigen Abmessungen vorgesehen. Dabei muss man sehen, dass dort, auf der Ostseite des Gebäudes kein nennenswerter Publikumsverkehr stattfindet, an den sich die Werbung richten könnte. Auch der Autoverkehr wird dort in einem Tunnel geführt und muss dann einen Kreisel überwinden, der wegen der vielen Anschlüsse die volle Aufmerksamkeit der Verkehrsteilnehmer erfordert. Weinheim ist nicht Hamburg. In der Grindelbachstrasse fehlt ganz einfach für derartige Werbeanlagen das Publikum.

In Ergänzung zum Beschlussantrag dieses Tagesordnungspunkts stellt die FDP-Fraktion den folgenden Antrag:

1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 1/06-07a „Südlich des Dürreplatzes und Hauptstraße“ mit dem Ziel, Werbeanlagen im Bereich der Ostfassade auf das Anbringen des Schriftzugs „Weinheim Galerie“ zu reduzieren.
2. Zurückstellung des Änderungsantrags zur Baugenehmigung AZ BGV/08/0206 betreffend der Änderung der Ostfassade und der auf der Ostseite des Gebäudes vorgesehenen Werbeanlagen bis die Bebauungsplanänderung gem. Ziff. 1 in Kraft tritt.

Ich bitte darüber abzustimmen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

meine Damen und Herren!

Wir haben heute einen Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2009 und 2010 zur Beratung und Verabschiedung vorliegen, der für beide Jahre Verwaltungskosten ausweist, die die Einnahmen übersteigen, so dass städtisches Vermögen aufgelöst werden muss, um Verwaltungsausgaben zu bestreiten. Nach drei normalen Jahren fallen wir wieder zurück in die schlimmste Phase der jüngeren Haushaltsgeschichte.

Zur Beleuchtung dieser Entwicklung möchte ich einmal die reinen Verwaltungskosten über mehrere Jahre gegenüberstellen, also die in den Haushaltsplänen ausgewiesenen Ausgaben des Verwaltungshaushalts, reduziert um die Umlagen und, soweit vorhanden, um die Zuführung an den Vermögenshaushalt.

Dabei ergeben sich

für das Jahr 2006	50,7 M€	
für das Jahr 2007	50,9 M€	
für das Jahr 2008	51,0 M€	und
für das Jahr 2009	56,0 M€.	

Während die Planansätze von 2007 und 2008 kaum vom Ansatz für 2006 abweichen, findet von 2008 auf 2009 ein Sprung um 10% statt! Das sind 5 M€!

Allein der Ansatz der Personalkosten steigt von 2008 auf 2009 um 7,5 %.

Wenn man das sieht und sich von dem ersten Schock erholt hat, sucht man nach Erklärungen. Und in der Tat, ein Teil des Anstiegs ist durch Veränderungen der Buchungspraxis bedingt. Im Wesentlichen ist es die Verlagerung von Personal des Bereichs Grünflächen und Kinderspielplätze an den Baubetriebshof, was zu einer Doppelbuchung führt und mit 900 T€ zu Buche schlägt. Ein weiterer Teil des Anstiegs ist durch neue oder von außen quasi aufgeprägte Ausgaben bedingt. Das sind im Wesentlichen die Ausweitung der Schülerbetreuung mit einer Ausgabenerhöhung von 130 T€, das Übergangsmanagement Schule/Beruf mit 184 T€ und der Anstieg des Beitrags für die OEG mit 360 T€. Zusammen sind das rund eine halbe Million.

Von den 5 M€, um die die Verwaltungskosten 2009 steigen, sind also 1,4 M€ durch solche Vorgänge erklärbar. Es verbleibt ein „hausgemachter“ Anstieg der Verwaltungskosten von 3,6 M€, was bezogen auf die reinen Verwaltungskosten von 2008 einer Steigerung von 7,1 % entspricht. Dies ist weit mehr, als durch inflationsbedingte Preisanstiege und den tariflichen Personalkostenanstieg, zu begründen wäre. **Aber angesichts der finanziellen Situation Weinheims und der vor uns liegenden Investitionen muss ein unterhalb der Inflationsrate liegender Kostenanstieg angestrebt werden.**

Es ist offensichtlich, dass man nach den normalen Jahres-Ergebnissen 2006, 2007 und 2008 bereit war, einem gewissen Nachholbedarf Raum zu geben. Die Aussicht, mit der ursprünglichen Schätzung des Gewerbesteueraufkommens mit einer Zuführung von fast 1,4 M€ in 2009 abzuschließen, hat diese Einstellung ja zunächst einmal bestätigt. Leider hat da die Finanzmarktkrise einen Strich durch die Rechnung gemacht. Mit den nach unter korrigierten Ansätzen für die Gewerbesteuereinnahmen sind wir wieder in den roten Zahlen. Dabei sind angesichts der durchschnittlichen Gewerbesteuereinnahmen der letzten Jahre die neu geplanten 17 M€ Gewerbesteuer immer noch als sehr optimistisch einzuschätzen.

Die Art und Weise wie seitens der Verwaltung auf diese Situation reagiert wurde, ist völlig unzureichend. Natürlich ist klar, dass die schlechte Nachricht zu spät kam, um innerhalb der festge-

legten Termine für die Aufstellung des Haushaltsplans noch große Änderungen vornehmen zu können. Im Wesentlichen wurde die Gewerbesteuer herab und die Kreditaufnahme heraufgesetzt. Ein Anhalten der Terminalschiene und konkrete Veränderungen der Planansätze wäre die angemessene Reaktion gewesen. Auf die von der Verwaltung vorgesehene 10%-ige Sperre der Sachausgaben komme ich noch zu sprechen. Vorab möchte ich aber zur Beurteilung der Haushaltslage Weinheims einen Blick auf den Schuldenstand und auf die Entwicklung des Anlagevermögens werfen.

Der Schuldenstand Weinheims beträgt, einschließlich der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte und des Eigenbetriebs Stadtentwässerung, 1.886 €/Einwohner. Vergleichbare Städte liegen, wenn man die Eigenbetriebe einbezieht, mit 1.096 €/Einwohner deutlich niedriger – Weinheim liegt 72% über dem Durchschnitt.

Seit mehreren Jahren haben wir eine Abnahme des Anlagevermögens zu verzeichnen weil werterhaltende Investitionen die Abschreibung nicht ausgleichen.

Wenn man heute, 4 Monate vor der nächsten Kommunalwahl, auf die vergangene Legislaturperiode zurückblickt und sich fragt, inwieweit es gelungen ist, mit strukturellen Veränderungen dämpfend auf die Verwaltungsausgaben einzuwirken, so ist das Ergebnis eher bescheiden. Immerhin, bei den von der FDP über Jahre hinweg kritisierten Ausgaben im Bereich „Katasterverwaltung und Vermessung“ sinkt der Zuschussbedarf durch Einsparmaßnahmen im Zeitrahmen von 2005 bis 2010 um rund 160 T€, wobei die Vermeidung eines inflationären Anstiegs noch nicht eingerechnet ist. Bei der Stadtgärtnerei ist durch die 2008 getroffene Entscheidung, den Anzuchtbetrieb aufzugeben eine jährliche Einsparung von ca. 100 T€ zu erwarten – dies nachdem die FDP 15 Jahre lang auf die Privatisierung in diesem Bereich gedrängt hat. Auch in einigen der Unterabschnitte des Haushaltsplans, für die die FDP im Jahr 2005 in einem Benchmarking-Verfahren Einsparpotentiale aufgezeigt hat, hat die Verwaltung inzwischen, entgegen dem Trend der Inflation, eine Reduzierung des Zuschussbedarfs erreicht. Rechnet man die vermiedenen Kostenanstiege entsprechend der Inflationsrate zu der erreichten Reduzierung der Zuschüsse hinzu, so kommt man auf ein realisiertes Einsparvolumen von knapp einer M€. Ohne diese Einsparungen wäre die für das Jahr 2009 vorgesehene Mittelentnahme aus dem Vermögenshaushalt doppelt so hoch wie angesetzt.

Unzweifelhaft sind Benchmarking-Verfahren ein wirksames Mittel zur Ermittlung von Verbesserungspotentialen. Umso befremdlicher ist es, dass die Verwaltung bisher für keinen Unterabschnitt des Haushaltsplans einen derartigen Vergleich, mit der notwendigen Untersuchungstiefe, vorgelegt hat. Die Sitzung der Haushaltsstrukturkommission des Jahres 2008 wurde zu einer Vor-Vor-Beratung des Haushaltsplans oder vielmehr zu einer Vor-Vor-Information über den Haushaltsplan umfunktioniert – Vorschläge im Sinne der Verbesserung der Haushaltsstrukturen gibt es nicht.

Mögliche Ansätze werden sichtbar, wenn man sieht, dass Weinheim im regionalen Städtevergleich mit einem Personalkostensatz von ca. 530 €/Einwohner – abgesehen von den Städten Heidelberg und Mannheim, die eine eigene Kreisverwaltung darstellen – weit vor allen anderen Vergleichsstädten mit durchschnittlich 377 €/Einwohner liegt. Ein Beitrag hierzu stammt aus der Verwaltung der Jugendhilfe – eine Aufgabe die, ich muss das wieder einmal betonen, die Weinheim trotz aller Finanzprobleme freiwillig für den eigentlich zuständigen Rhein-Neckar-Kreis übernimmt. Dort bestehen die Ausgaben zu 95 % aus Personalausgaben! Obwohl dieser Haushaltsabschnitt mittlerweile um die Zuständigkeit der Kindertagesstätten entsprechend einem Personalkostenbetrag von ca. 400 T€ entlastet wurde liegt heute der Zuschussbetrag mit 638 T€ genau so hoch wie im Jahr 2005. Die Ausgaben steigen nahezu unkontrollierbar an und man

kann erwarten, dass im Zuge der Durchführung des Kindertagesbetreuungsgesetzes weitere Aufgaben auf dieses Amt zukommen werden. Ich weiß, dass es dort bereits deutliche Personalengpässe gibt. Aber warum hat Weinheim den Ehrgeiz hier in der Liga der Kreisstädte Mannheim und Heidelberg zu spielen? Diese Rolle kommt uns einfach nicht zu! Das Amt gehört zurück zum Kreis, in einer Verwaltungsaußenstelle in Weinheim. Dabei spreche ich wohlge-merkt nicht vom Haushaltsabschnitt „Einrichtungen der Jugendarbeit“.

### **Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren**

Angesichts der Neuschätzung der Gewerbesteuereinnahmen beantragt die Verwaltung im Jahr 2009 10% der Mittel für Sachausgaben zu sperren. Natürlich kann dieses Mittel nicht tatsächliche Verbesserungen der Verwaltungsstrukturen ersetzen. Aber was kann dabei herauskommen? Mit einer streng durchgezogenen Mangelwirtschaft könnte es gelingen – wenn die angesetzten 17 M€ Gewerbesteuer wirklich fließen – die für 2009 geplante Zuführung vom Vermögenshaushalt zu vermeiden und eine schwarze Null zu erzwingen. Aber was ist damit für die Zukunft gewonnen? Mit Mangelwirtschaft kommen wir aus dem Finanzdilemma nicht heraus.

**Die FDP fordert die Verwaltung dringend auf, einen neuen Anlauf zur Verringerung der Verwaltungskosten zu unternehmen und dabei professionelle Instrumente der Verwaltungsoptimierung einzusetzen.** Es kann auch hilfreich sein, dafür externe Hilfe zu beanspruchen.

Bevor ich auf den Vermögenshaushalt zu sprechen komme möchte ich noch zwei Einzelposten der Haushaltsplanung ansprechen.

Seit Jahren fordert der Gemeinderat eine Verbesserung der Kostenabdeckung für den Betrieb der Stadthalle. Das diesbezügliche Gutachten weist die Stadthalle als „sehr kulturlastige Einrichtung mit einer zu hohen Unterdeckung aus, die das Kulturleben der Stadt in intransparenter Weise quersubventioniert“. Jetzt wird im Unterabschnitt 3310 ein Zuschuss für den Verein „Spielraum“ als neuem „institutionellem“ Subventionsempfänger ausgewiesen, was eine deutliche Ausweitung der subventionierten Belegung der Stadthalle mit sich bringt. Für diesen Vorgang liegt keine Beschlussfassung des Gemeinderats vor. Auch die Einstufung als Mehrfachnutzer der Stadthalle im Sinne der Kulturförderrichtlinie ist hier nicht zutreffend. Die FDP lehnt diese freihändige Subventionierungspraxis ab. Es muss alles vermieden werden, um jeden Gedanken an Protektionismus zu vermeiden.

Der zweite Einzelposten betrifft das Schulbudget. Die gegenüber dem Haushaltsplanentwurf vorgenommene Erhöhung der Sachkostenbeiträge im Schulbudget wird von der FDP ausdrücklich begrüßt und wurde im Hauptausschuss auch so mitgetragen.

### **Ich komme nun zum Vermögenshaushalt.**

Ich möchte vorab feststellen, die großen Investitionsausgaben des Jahres 2009 – das sind im Wesentlichen der Bau des Feuerwehrstützpunkts Ost, der Neubau des Kindergartens Hohensachsen, die Sanierungsprojekte der Innenstadt einschließlich Hauptbahnhofbereich und Fußgängerzone, die Ausgaben für die Instandsetzung von Gemeindestraßen, die Infrastrukturmaßnahmen im Umfeld des „Neuen Burgenviertels“ bzw. Schlossbergterrasse, die Neugestaltung der Nördlichen Hauptstraße sowie die Investitionen für den Zentralen Busbahnhof am Hauptbahnhof für die S-Bahn und für das OEG-Beschleunigungsprogramm – alle diese Projekte werden von der FDP mitgetragen. Das Investitionsvolumen für das Jahr 2009 ist zu bewältigen und wir hoffen, dass es nicht zu weiteren Verzögerungen kommt, wie dies aus den Haushaltsresten des Jahres 2008 sichtbar ist.

### Sorge bereitet uns die mittelfristige Finanzplanung.

In der mittelfristigen Finanzplanung, die sich ja um 1 Jahr bis zum Jahr 2012 weiter geschoben hat, steigt die Summe der dort geführten Ausgaben um 26 M€. Das sind für 26 M€ neue Maßnahmen. Darin ist natürlich die Albert-Schweizer-Schule mit 11,1 M€ der größte Brocken, gefolgt von 7,3 M€ für die Sanierung „Am Hauptbahnhof“. Aber was die restlichen ca. 11 M€ betrifft, so taucht da schon eine große Anzahl kleinerer Maßnahmen auf, bei denen die Frage der Prioritätensetzung gestellt werden muss.

Der Kämmerer hat in seiner Einbringungsrede zum Haushaltsentwurf ausgeführt, ich zitiere „Maßnahmen, die aus heutiger Sicht keine Chance auf Realisierung haben, wurden nicht in die Investitionsplanung aufgenommen.“, Ende des Zitats. Die hier sichtbare Einstellung lässt die Frage offen, ob die Investitionsnotwendigkeiten sachgerecht abgewogen sind. Was diese Frage betrifft ist auch die folgende Aussage des Kämmerers erhellend, ich zitiere: „Wir müssen uns nämlich keine Gedanken über Prioritäten machen. Unser Haushalt setzt dermaßen enge Grenzen, die eher enger als weiter gezogen werden müssen“, Ende des Zitats.

Über den Ansatz der neuen Projekte im Umfang von 26 M€ hinaus gibt es Projekte, die in der Schublade belassen wurden oder wieder dort hineingepackt wurden. Dazu zählt der **Neubau zur Erweiterung des Heisenberg-Gymnasiums**. **Die FDP fordert, diesen in die Planung aufzunehmen**, weil dessen Notwendigkeit unstrittig ist. Dazu zählt auch die überfällige **Sanierung der Mehrzweckhalle Hohensachsen**. **Die FDP fordert, hierfür eine konkrete Planung zu erarbeiten**. Der noch 2008 für diese Maßnahme in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehene Betrag von 1 M€ ist inzwischen gestrichen. Offensichtlich spekuliert die Verwaltung auf den Ausfall der Technik des Hallenbads und ist der Auffassung, dass dann die laut Eingemeindungsvertrag bestehende Verpflichtung zum Weiterbetrieb des Bads hinfällig ist – mit dann neuen Perspektiven bezüglich der Mehrzweckhalle. Weiterhin zu erwähnen ist die **Sporthalle Oberflockenbach für die ein Planungsansatz vorzusehen ist**.

Abenteuerlich mutet es schließlich an, dass zur Finanzierung des **Neubaus der Albert-Schweitzer-Schule** ein Junktim mit dem Geländeverkauf am alten ASS-Standort hergestellt wurde. Dass Einnahmen aus dem Verkauf des ASS-Geländes, auf dem die marode aber noch voll in Betrieb befindliche Schule noch steht, realisiert werden können, um in die Finanzierung des Neubaus einzufließen würde bedeuten, dass ein Investor bereit ist, Geld auf den Tisch zu legen um dann abzuwarten, bis der Neubau errichtet und danach das Gelände durch Abbruch der alten Schule baureif gemacht ist – eine völlig unrealistische Vorstellung, bei der zudem die Verzinsung des vom Investor vorgestreckten Kapitals einen erheblichen Teil des Kaufpreises auffressen würde. **Die FDP fordert, dass ein solches Junktim die Zeitschiene für den Schulhausneubau nicht beeinflussen darf und fordert darüber hinaus ein Vorziehen des Zeitplans**. Hierzu zwingt die Aussicht, den Betrieb im alten Schulgebäude mit Improvisation und der Durchführung nur der allernötigsten Sanierungsmaßnahmen weiter aufrechterhalten zu müssen.

Unter die bisher in der mittelfristigen Finanzplanung nicht aufscheinenden Projekte sind auch die nach den Ergebnissen des 2008 fertig gestellten Straßenkatasters erforderlichen Erhaltungsinvestitionen der Gemeindestraßen zu rechnen. Der vorhandene Pauschalansatz deckt das erforderliche Investitionsvolumen nicht ab. Im Gebäudebereich, in dem ein solches Kataster noch gar nicht existiert, ist die Situation ähnlich.

Es entsteht der Eindruck, dass in der überaus angespannten Finanzlage der Stadt Weinheim die Verwaltung nur eine lückenhafte Perspektive der Finanzierungsnotwendigkeiten erarbeitet hat.

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren.**

**Die FDP nimmt die Kostenanstiege im Verwaltungshaushalt und das Fehlen greifbarer Ansätze zur tragfähigen Kostenreduktion sowie die Unzulänglichkeiten der mittelfristigen Finanzplanung zum Anlass, den Haushalt des Jahres 2009 abzulehnen.**

Zum Haushalt des Jahres 2010 werden wir uns der Stimme enthalten, weil wir dem neu zu wählenden Gemeinderat nicht das Recht nehmen möchten, über die Haushaltsplanung des Jahres 2010 selbst zu entscheiden.

Wir bitten um getrennte Abstimmung über diese Teilhaushalte, bevor über den Doppelhaushalt insgesamt abgestimmt wird.

Sollte das nicht möglich sein, müssen wir insgesamt zu einer Ablehnung kommen.

**Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren!

Seit der ersten Vorstellung der Planungen zum „Neuen Burgenviertel“ unter dem neuen Projektnamen „Schlossbergterrasse“ im April diesen Jahres wurde durch Vertreter des Gemeinderats aber auch seitens der Verwaltung kritisiert, dass die Planungen in einer ganzen Reihe von Merkmalen vom im Gemeinderat beschlossenen städtebaulichen Konzept abweichen.

In mehreren Anläufen wurden bis hin zur Sommerpause diese Abweichungen an den Investor herangetragen, in der Erwartung, dass bis zum Herbst eine angepasste Gesamt-Planung für das Projekt vorgelegt wird, der der Gemeinderat entsprechend § 7 des Kauf- und Zielbindungsvertrags auch zustimmen kann.

Mittlerweile erleben wir, dass der Investor einen Bauantrag nach dem anderen stellt, für die verschiedenen Bereiche des Projekts, die dem Gemeinderat bzw. dem ATU nur noch zur Kenntnis gebracht werden.

Nach einem arabischen Sprichwort könnte man sagen: Der Gemeinderat bellt und die Familienheim zieht weiter und die Verwaltung steht ratlos daneben.

Dabei haben wir es nach Auffassung der FDP mit einer ganzen Reihe von Abweichungen von der Konzeption zu tun, die der Gemeinderat ursprünglich gewollt hat. Ich möchte jetzt nicht die Beratungen des ATU von der vergangenen Woche wiederholen, aber kurz zusammenfassen:

1. Wir stellen fest, dass mit der sehr einseitigen Ausrichtung auf Altenbetreuung und -pflege des mit dem städtischen Zentrum „Hauptstraße“ korrespondierenden Bereichs oberhalb der Tiefgarage und der Märkte der Zweck der Planung gem. Kap. 1 und 3 des Bebauungsplans verfehlt wurde. Dort ist an erster Stelle die Zielsetzung mit „Stärkung der Attraktivität und Zentralität der Innenstadt als Mittelzentrum des Nahbereichs“ genannt.
2. Wir stellen fest, dass die im Bereich oberhalb der Tiefgarage und der Märkte, der mit dem städtischen Zentrum „Hauptstraße“ korrespondiert, Gebäudekomplexe mit Großbaukörpern vorgesehen sind, die den bildlichen Darstellungen des Bebauungsplans sowie den zeichnerischen Darstellungen der Anlage 3 des Kaufvertrags widersprechen. Im Bebauungsplan sind die dort vorzusehenden Gebäude ausdrücklich als „Stadtvillen“ charakterisiert.
3. Wir stellen fest, dass die an der Grundelbachstrasse angrenzenden Baulichkeiten die in der zeichnerischen Darstellung der Anlage 3c des Kaufvertrags festgelegte maximale Firsthöhe von 130 m, gegenüber dem Gebäude Rosengarten überschreiten.
4. Wir stellen fest, dass durch die Ausgestaltung der Bebauung längs der Grundelbachstrasse, mit einer 80 m langen Front mit 2 offenen Tiefgaragenebenen und einer Glasfront mit Einblick in den Bereich der Märkte sowie durch die Anordnung der Anlieferung im südöstlichen Bereich der Märkte, das Ziel der „Regeneration und Sanierung des städtebaulich vernachlässigten Bereichs zwischen Hauptstraße und Grundelbachstrasse“ sowie die angestrebte Verkehrsberuhigung verloren gehen.

Wir müssen heute feststellen, dass die Verwaltung eine Abstimmung im Sinne von § 7 des Kauf- und Zielbindungsvertrags scheut und statt dessen quasi als Bittsteller mit einer 12-Punkte-List an den Investor herangetreten ist, um auf dem Verhandlungsweg notwendige Verbesserungen der Planung zu erzielen.

Fazit: Die Verwaltung hat es nicht geschafft, dem Gemeinderat einen Bebauungsplan und ein Vertragswerk zur Beschlussfassung vorzulegen, mit dem die Einhaltung der vom Gemeinderat gewollten städtebaulichen Konzeption rechtlich einwandfrei sichergestellt wird. Diese Tatsache müssen wir zur Kenntnis nehmen.

**Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!**